



Frankreich erhöht Zuschüsse für klimafreundliche Heizungen auf
9.000 Euro pro Haus

Ein französisches Programm zur finanziellen Unterstützung von Immobilienbesitzern, die Öl- und Gasheizkessel durch umweltfreundliche Alternativen ersetzen wollen, wurde verlängert. Es stehen Zuschüsse von bis zu 9.000 Euro zur Verfügung.

Die französische Regierung wird im Rahmen des von Premierminister Jean Castex am Mittwoch angekündigten Maßnahmenpakets „MaPrimeRenov“ mehr Geld für den Austausch von gas- und ölbetriebenen Heizungen bereitstellen.

Umweltministerin Barbara Pompili erklärte, dass ab dem 15. April Haushalte zu den bisherigen 8.000 Euro noch weitere 1.000 Euro erhalten können, wenn sie ihre mit fossilen Brennstoffen betriebene Heizung durch erneuerbare Heizlösungen wie etwa Wärmepumpen und Biomasseheizungen ersetzen wollen. Für den Austausch einer alten Gasheizung gegen eine neue, effizientere Gasheizung können jedoch keine staatlichen Fördermittel mehr in Anspruch genommen werden.

Barbara Pompili annonce une augmentation de "Ma prime Renov" de 1000 euros
pic.twitter.com/J3DE1NdigW

— BFMTV (@BFMTV) March 16, 2022

Die Finanzierung des Heizungstauschs erfolgt über das Programm „MaPrimeRenov“, das allen Eigentümern von Immobilien in Frankreich offen steht.

Die Antragsteller benötigen jedoch eine französische Steuernummer und eine Kopie ihrer letzten Steuererklärung. Das bedeutet, dass diejenigen, die ihre jährliche Steuererklärung nicht in Frankreich abgeben, von diesem Förderprogramm ausgeschlossen sind.

Auch kann man nur dann eine Förderung beantragen, wenn die Immobilie mehr als zwei Jahre alt ist.

Der Betrag, den man erhalten kann, hängt von der Höhe des Haushaltseinkommens, der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen und dem Standort der Immobilie ab.

Neben der Reduktion von Treibhausgasemissionen will Frankreich so seine Abhängigkeit von russischem Gas verringern.

Lesen Sie auch: Ukraine: Jean Castex stellt "Resilienzplan" zur Bewältigung der



Frankreich erhöht Zuschüsse für klimafreundliche Heizungen auf
9.000 Euro pro Haus

wirtschaftlichen Folgen des Krieges vor